

DIESE GRÜNEN!



FRAGEZEICHEN ZUM FACTORY OUTLET CENTER (FOC)

■ WIE MÖCHTEN SIE IN ZUKUNFT EINKAUFEN?



Foto: Mathias Kehren

Die Einkaufswelt in der Stadt, das Shopperlebnis am Wochenende, der schnelle Kauf-Klick im Internet. Die Einkaufsgewohnheiten haben sich in den letzten Jahren stark verändert.

Um die Innenstädte lebendig zu halten, hat die rot-GRÜNE Landesregierung dem großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese den Riegel vorgeschoben. So kann zum Beispiel in Wuppertal ein IKEA-Möbelhaus am Stadtrand entstehen, aber ohne das ursprünglich geplante sogenannte

Fachmarktzentrum, weiteren Einzelhandel, der auch innerhalb der Stadt angeboten werden kann. Die GRÜNEN hatten diesen Homepark von Anfang an abgelehnt und freuen sich über die gefundene Lösung.

Beim Factory Outlet Center (FOC) in Wuppertal sollen jetzt in einem ersten Bauabschnitt das ehemalige Bundesbahndirektionsgebäude und später das Postgebäude am Kleeblatt in Einzelhandel, ein Hotel und Büroflächen umgewandelt werden. Eine Fußgängerbrücke soll die beiden Gebäude-

teile verbinden. Beim ersten Termin zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit am 17. Februar 2016 wurden die Pläne genauer vorgestellt.

Neben dem städtebaulichen Entwurf wurden auch die Themen Parkflächen, Verkehrsanbindung sowie die möglichen Lärm- und Luftbelastungen angesprochen. Da das Verfahren gerade erst begonnen hat, gab es allerdings keine Ergebnisse, sondern als Einstieg die Rahmenbedingungen für die dann folgenden Gutachten.

Grundsätzlich ist für uns GRÜNE wei-

terer Einzelhandel in der City besser aufgehoben als am Stadtrand, daher ist die Umnutzung der Bahndirektion als Outlet für uns in Ordnung. Falls das FOC läuft, wird der Investor sicherlich die möglichen 30.000 qm ausschöpfen wollen, die das gesamte Projekt bietet. Hier bestehen allerdings noch zahlreiche Fragezeichen, ob Elberfeld und Wuppertal insgesamt so viel Einzelhandel verträgt.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Verkehrsanbindung. Bei geplanten 9000 Kund*innen pro Tag entstehen inklusive Mitarbeiter*innen und Lieferant*innen mit Hin- und Rückwegen über 22.000 Wege pro Tag. Der Gutachter schätzt den Auto-Anteil auf 73 %. Wie diese Verkehrsmengen sich auf die Südstadt und den Innenstadverkehr auswirken, wird jetzt untersucht.

Außerdem soll im 2. Obergeschoss ein Hotel entstehen. Das würde über die Rückseite des Gebäudes angegliedert. Für uns GRÜNE ist es schon merkwürdig, dass ein FOC direkt am Hauptbahnhof und inmitten des neuen ÖPNV-Knotenpunktes nur zu 27 % von Nutzer*innen des öffentlichen Nahverkehrs besucht werden soll. Aber die Gutachten funktionieren nach Standards.

Den Radverkehr hatten die Gutachter völlig ignoriert – was uns doch sehr verwunderte. Unsere Anregung soll jetzt im weiteren Verfahren berücksichtigt werden.

Wir werden den Prozess weiterhin kritisch begleiten, da Einzelhandel in der City gut aufgehoben und richtig ist – aber nicht um jeden Preis.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitung fächern wir für Sie eine Vielzahl an Themen auf, mit denen wir uns in den letzten Monaten in Wuppertal auseinandergesetzt haben.

Als Dauerbrenner der Kommunalpolitik ist auch die Kleine Höhe wieder dabei – leider hat nur die Bezirksvertretung fast einstimmig gegen deren Bebauung gestimmt, im Rat haben SPD, CDU und FDP den Weg für den Bau einer Forensik auf der Fläche freigegeben.

Weitere Themen sind der schon lange erwartete Nahverkehrsplan, die Bürger*innenbeteiligung, die Gründe dafür, dass sich der Wuppertaler Rat für eine Stilllegung der belgischen Atomreaktoren aussprechen sollte und vieles mehr.

Wir wünschen Ihnen eine angelegte Lektüre und einen sonnigen Frühling.

Ihr Redaktionsteam

MESSERATTACK BEIM AUTONOMEN ZENTRUM WUPPERTAL

■ DER PROZESS UND DIE FOLGEN

Am 11. April 2015 verletzten drei Aktivist*innen der rechtsextremen Hogesa-Szene einen Besucher des Autonomen Zentrums (AZ) lebensgefährlich mit einem Messer.

Das Opfer wird lebenslang unter den gesundheitlichen Folgen zu leiden haben. Heute, drei Monate nach dem Messerangriff auf Henriette Reker in Köln und angesichts einer Vielzahl von Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime, wird deutlich, dass dieser Anschlag kein Zufall war.

Der Prozess vor dem Landgericht endete am 3. Februar mit acht Jahren Haft für den 25-jährigen Haupttäter, 18 Monaten für den 43-jährigen Mittäter und einer Bewährungsstrafe für den zweiten Mittäter. Damit folgte das Gericht weitgehend den Forderungen der Staatsanwaltschaft.

Im Prozessverlauf stellte sich heraus, dass der Polizeieinsatz an der Gathe chaotisch und planlos war und Opfer

zu Tätern gemacht wurden. Augenzeugen wurden übersehen, Erkenntnisse über die schnell gefassten Täter der Öffentlichkeit verschwiegen, Falschaussagen unbekümmert an die Presse kolportiert. Die Wuppertaler Rundschau hat hierzu in zwei Ausgaben ausführlich berichtet.

Gegen mehrere zum Teil jugendliche Besucher*innen des Autonomen Zentrums wurden Verfahren wegen Beihilfe zum Mord eröffnet, die erst nach Monaten eingestellt wurden. Es gab keinerlei Entschuldigung seitens der Polizei und Staatsanwaltschaft.

Nach dem Angriff von Hogesa-Aktivist*innen auf eine Gedenkveranstaltung für die NSU-Opfer am 19. Januar 2015 in Köln führte die Kriminalpolizei Hausdurchsuchungen und eine Handy-Beschlagnahmung beim späteren Haupttäter Thomas P. durch. Die Auswertung der Chat-Protokolle einer Hogesa-WhatsApp-Gruppe mit über 100 Mitgliedern förderte auch

Anschlagspläne auf das AZ in Wuppertal zutage. Unter anderem wurde ein Brandanschlag während eines Konzertes diskutiert. Spätestens nach einem gescheiterten Angriff am 17. März 2015 hätten durch die Kriminalpolizei alle Alarmglocken schrillen müssen. Während des Prozesses wanderten Aussagen von Zeug*innen mit Klarnamen in die Akten, die den Angeklagten zur Verfügung gestellt wurden. Ein unverzeihlicher Fehler. Bedrohungen von Zeug*innen durch Rechtsextremisten sind ein Kennzeichen dieser Szene.

Leider versäumte es auch die Stadt Wuppertal, dem Opfer nach diesem Anschlag in aller Deutlichkeit ihre Solidarität auszusprechen.

Der Kreisverband der GRÜNEN in Wuppertal nahm in seiner Presseerklärung vom 28. Januar 2016 Stellung. Die GRÜNE Fraktion im Rathaus bat am 23. Februar im Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Sauber-

keit um einen Sachstandsbericht. Der Antrag wurde vertagt und an den Polizeibeirat, ein nichtöffentliches Gremium, am 8. März verwiesen.

Eine Stellungnahme der Polizeipräsidentin Frau Radermacher wurde noch im Januar mit dem Hinweis auf das laufende Verfahren und jetzt im Februar mit dem Hinweis auf die fehlende Rechtskräftigkeit des Urteils abgelehnt. Hier wird auf Zeit gespielt.

Die rechtsradikale Szene hat sich auch in Wuppertal radikalisiert und schreckt vor Gewalt nicht zurück. Die Polizei muss die Bedrohungslage ernst nehmen und darf die Gefahr nicht verharmlosen.

Wuppertal steht in einem breiten demokratischen Bündnis gegen die Rechtsradikalen zusammen, zuletzt bei der Gegendemonstration am 27. Februar auf dem Johannes-Rau-Platz. Aber auch die Polizei ist gefordert, entschiedener gegen rechtsradikale Gewalttäter vorzugehen.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Der GRÜNE Frühlingsempfang

Seite 3
OB Andreas Mucke – ein Roter mit GRÜNER Ader?

Seite 4
Kleine Höhe als Forensik-Standort

Seite 5
Ein neues Asphaltmischwerk an der Ladebühner Straße



DER GRÜNE FRÜHLINGSEMPFANG



Fotos: Mathias Kehren

Am 05.03.2016 fand der fünfte Frühlingsempfang der GRÜNEN Ratsfraktion statt. Mehr als 100 Menschen aus Politik, Verwaltung, Vereinen und andere aktive Menschen kamen.

Die Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Anja Liebert und Marc Schulz, begrüßten die Gäste im Kontakthof, einem Kleinod in der Genügsamkeitsstraße.

Anja Liebert wies auf den Internationalen Frauentag am 8. März hin: statt Blumen wünschten sich Frauen 50

Prozent der Macht, und zwar ganzjährig. In Wuppertal gilt: Je höher die Spitzenposition, desto weniger Frauen sind vertreten. Wir brauchen mehr Frauen in TOP-Jobs der städtischen Unternehmen und in Aufsichtsräten, über alle Parteigrenzen hinweg. Vor seinem Grußwort überreichte Marc Schulz Oberbürgermeister Andreas Mucke ein Bild mit einem Foto des Kämmerers Dr. Slawig, das dieser bei einer Wahlveranstaltung geschenkt bekommen, aber nicht mitgenommen hatte.

Ein erfreulicher Ausblick für die GRÜNEN sind die Umfragewerte zur Landtagswahl in Baden-Württemberg, dort liegt die Partei mit 32 Prozent weit vor der SPD und der CDU, ein schönes Vorbild für Wuppertal.

Jörg Degenkolb-Degerli, Bühnenliterat und Slam-Poet, lockerte die politischen Reden auf und würdigte das Bergische Land unter anderem als attraktivste Gegend zwischen Hückeswagen und Heiligenhaus.

Zum Abschluss wurde an alle Demokrat*innen appelliert, gemeinsam in Wuppertal Rechtsextremismus zu bekämpfen, denn die Mehrheit der Menschen will Flüchtlinge unterstützen und starke solidarische Signale aussenden, Wuppertal ist da vorbildlich. Das unterstrich auch OB Mucke in seinem Grußwort.

Als Ehrengast appellierte Ilka Feder Schmidt, Superintendentin des evangelischen Kirchenkreises Wuppertal, an ein dauerhaftes Engagement in der Flüchtlingspolitik, die nicht nachlassen darf. Sie wies auf das gute Verhältnis der Religionen in Wuppertal hin, auf die vielen aktiven Migrantenvereine und erinnerte auch an die Gemarker Erklärung und endete mit der Aussage, Nächstenliebe dürfe keine Obergrenze kennen.



NEUER NAHVERKEHRSPLAN – CHANCEN UND RISIKEN

BRINGEN SIE SICH EIN UND DISKUTIEREN SIE MIT

Die Stadt muss nach knapp 20 Jahren einen neuen Nahverkehrsplan (NVP) aufstellen, lässt sich aber nach Meinung der GRÜNEN damit viel Zeit.

Der Nahverkehrsplan „bildet den Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs ...“ Der Begriff Rahmen bedeutet, „dass der Plan allgemeine Grundsätze – das heißt keine Detailregelungen oder vorgaben – darstellen soll. Zudem soll er sich mit der Entwicklung des ÖPNV befassen, was die Formulierung von Zielvorstellungen und die Notwendigkeit einer prognostischen Wertung beinhaltet.“ So das Zitat aus dem alten

NVP von 1997 (Seite 17). Beim letzten NVP hat es vom Start des Koordinierungsteams (bestehend aus Stadt, Stadtwerken und Externen) über die Analyse, die Untersuchung und Dokumentation bis hin zum ersten Entwurf, Beteiligungsverfahren, zweiten Entwurf und zur letztendlichen Genehmigung der endgültigen Fassung ganze zwei Jahre gedauert. Auf unsere Nachfrage im Verkehrsausschuss, wie es denn mit den aktuellen Planungen aussieht, hieß es, „demnächst“ werde ein neuer Zeitplan für den NVP vorgestellt. Da das nicht sehr konkret ist, hoffen wir, dass in diesem Jahr zumindest noch mit den ersten Schritten begon-

nen wird. Gerade durch den neuen Busbahnhof am Döppersberg wird es jetzt Zeit, sich intensiv zumindest mit den Vorbereitungen zu beschäftigen. Wie hat sich die Nutzung des ÖPNV durch die Bus- und Bahnfahrer*innen in den letzten zwanzig Jahren verändert? Welche neuen Wohngebiete brauchen einen ÖPNV-Anschluss? Welche Firmen haben sich angesiedelt oder verändert? Wie kann bei sinkenden Pkw-Neuanmeldungen die Zahl der ÖPNV-Nutzer*innen erhöht werden? Welche Ziele möchte die Stadt beim Thema Schadstoff- und Lärmvermeidung erreichen? Hier fehlen die Grundlagen, um in einen intensiven

öffentlichen Diskussionsprozess zu treten. Die große Kooperation aus CDU und SPD hat in ihrer Vereinbarung 2014 betont, dass „gerade Veränderungen im Nahverkehr ein besonders gutes Beispiel für aktive Bürgerbeteiligung sein können.“ Außerdem sind sich CDU und SPD laut Kooperationspapier einig, „dass die zukünftige Gestaltung von Verkehrsflüssen stark durch den Aspekt der Nachhaltigkeit geprägt sein muss.“ So soll es sein, deshalb ist für uns GRÜNE wichtig, gemeinsam mit den Bürger*innen zu diskutieren. Wir fordern, dass es nicht wie bereits 2012 zu Einschränkungen und Kürzungen kommt, sondern

dass zuerst die Rahmenbedingungen geklärt werden, bevor Fakten geschaffen werden. Wie schwer sich CDU und SPD bei den konkreten Projekten tun, zeigt sich z. B. beim Versuch, einen „Burgholz-Express“ zu testen, eine schnelle Verbindung zwischen den Südhöhen und durch den Burgholztunnel nach Vohwinkel zum Bahnhof. Obwohl die Bezirksvertretungen quer durch alle Parteien dies wollten, haben sich CDU und SPD von der Verwaltung und den Stadtwerken überzeugen lassen, dass es doch nicht geht. Schade, denn gerade die Einbeziehung der Menschen in den Stadtbezirken ist doch Bürger*innenbeteiligung pur.

GASTKOMMENTAR: DÖPPERSBERG: NEUE AUFTEILUNG DES VERKEHRSRAUMS ERFORDERLICH

VON PRO BAHN BERGISCHES LAND, AXEL SINDRAM

Seit Beginn des Projekts Döppersberg liegen auch die Pläne für die künftigen Verkehrsführungen auf den Zufahrtsstraßen vor.

Was in der Öffentlichkeit als Abkehr vom Leitbild der autogerechten Stadt verkauft wird, stellt sich bei näherer Betrachtung als das genaue Gegenteil dar.

Mit bis zu acht Fahrspuren werden dem Pkw-Verkehr erneut komfortabelste Bedingungen geboten, Busspuren sind hingegen komplett verschwunden und auch die Radwegführung wirkt sehr notdürftig.

Einen Vorgeschmack auf die auch künftig untergeordnete Bedeutung umweltfreundlicher Verkehrsarten bietet der zurzeit laufende Ausbau der Bundesallee. Fuß- und Radverkehr werden notdürftig auf dem Bordstein zusammengedrängt, eine längst überholte Bauform. Stand der Technik ist die Führung des Radverkehrs auf



Foto: Mathias Kehren

der Fahrbahn und mit deutlich größerer Breite. Diese Bauweise verbessert die Sichtbarkeit der Radfahrenden und ermöglicht ihnen auch höhere Fahrgeschwindigkeiten. Noch trau-

riger sieht es für den Busverkehr aus. Schon die abseitige Lage des Busbahnhofs wird die Fahrzeit aller Busse um mindestens drei Minuten verlängern, Staus, vor allem stadteinwärts auf der

neuen Bahnhofstraße, und zusätzliche Ampelwartezeiten nicht mitgerechnet. Im ungünstigsten Fall muss auf den meisten Linien ein Zusatzkurs eingerichtet werden, der etwa 300.000 Euro Mehrkosten pro Jahr und Linie verursacht, und das bei anhaltenden Diskussionen um die künftige Finanzierbarkeit des ÖPNV-Angebotes! In der derzeitigen Bauphase verzeichnen wir dagegen eine erfreuliche Zunahme des Fuß- und Radverkehrs sowie der ÖPNV-Nutzung. Wollen wir diesen Fortschritt einfach wieder aufgeben, zu den alten autogerechten Zuständen zurückkehren und damit eine einmalige Gelegenheit zur Schaffung eines zukunftsfähigeren Stadtverkehrs verschenken? Unserer Meinung nach muss der Verkehrsraum für den Pkw-Verkehr zugunsten eines durchgängigen Busspurennetzes und leistungsfähigerer Radwege reduziert werden. Für die Wiedereröffnung sollte die B7 nur

noch als einfache Stadtstraße mit einer Pkw-Fahrspur pro Fahrtrichtung ausgelegt werden.

Das Gleiche gilt für den Straßenzug Morianstraße – Gathe. Wir sollten nicht warten, bis die EU oder Verwaltungsgerichte die Einhaltung der Luftreinhaltevorschriften erzwingen und die Innenstadt komplett für den Autoverkehr gesperrt werden muss!

Die Korrektur der Verkehrsraumaufteilung zugunsten des Umweltverbundes kann auch jetzt noch erfolgen, wenn die „Kantensteine“ schon feststehen, dann eben notfalls mit dem „Farbeimer“.

www.probahn-nrw.de/index.php/regionalverband-bergisches-land-e-v.html

GASTKOMMENTAR: WIR ALLE SIND NRW

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Wir alle sind NRW. Unter diesem Motto luden alle 29 GRÜNEN Landtagsabgeordneten am 20. Februar zu einer integrationspolitischen Konferenz in den Landtag ein.

Es kamen etwa 600 Menschen, die einen ganzen Tag lang intensiv mit den vielen hochkarätigen Referent*innen diskutierten und stritten. Es ging um die Kommunen, um Förderung, um Ehrenamt, um Religion, um Stadtentwicklung, um Wirtschaft, um Arbeitsmarkt, um Bildung und um vieles mehr. Es ging darum, das „Wie“ (wir es schaffen können) zu beschreiben und aus Erfahrungen zu lernen – ohne Schnörkel, ohne Sonntagsreden, aber mit viel Empathie, vielen Ideen und dem festen Willen, sich der Herausfor-



Foto: Privat

derung „Integration“ zu stellen. Wichtig war auch der Austausch. (Ober-)Bürgermeister*innen trafen auf

Islamwissenschaftler*innen, Lehrer*innen auf Wirtschaftsvertreter*innen, GRÜNE Kommunalpolitiker*innen auf Wissenschaftler*innen. Es fanden sich ungewöhnliche Allianzen, die sich geholfen haben, den Blick zu weiten. Bei allen herrschte in einer Hinsicht Einigkeit: Vielfalt ist ein Gewinn – für die Gesellschaft, für die Wirtschaft, vielleicht sogar für die Politik. Wo anders sollte das deutlicher werden als in NRW?

„Gelungene Integration verändert Gesellschaft.“ Und gelungene Integration ist anstrengend. Professor El Mafalaani ließ in seiner Keynote keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Integration von allen etwas abfordert. Dies werde vor allem in NRW deutlich, wo die Kinder und Kindeskinde der Ersteinwan-

derer jetzt ihr Wissen und ihre Vorstellungen aktiv, engagiert und konstruktiv in die gesellschaftlichen Prozesse einbringen.

Hingucker waren auch der „Markt der Möglichkeiten“, der zeigte, mit wie viel Engagement und Ideenreichtum Haupt- und nebenamtliche Helfer*innen (zum Beispiel die Studierenden der Bergischen Universität) ihren Beitrag zur Willkommenskultur leisten, sowie die musikalischen Beiträge, die einmal mehr verdeutlichten, wie sehr Vielfalt uns bereichert.

Wie geht es weiter? Bald wird die Dokumentation zum Kongress erscheinen. Erste Eindrücke finden sich schon auf der Homepage der GRÜNEN Landtagsfraktion.

OB ANDREAS MUCKE – EIN ROTER MIT GRÜNER ADER?

■ DIESER WEG WIRD KEIN LEICHTER SEIN ...

Am 21. Oktober 2016 trat Andreas Mucke, der bei der Stichwahl im September einen überraschenden und deutlichen Sieg gegen den bisherigen Amtsinhaber Peter Jung einfuhr, sein Amt als Wuppertaler Oberbürgermeister an.

Seitdem rätseln viele im Tal, wie es ihm gelingen soll, seine Wahlversprechungen gegen die seit über zehn Jahren im Rat paktierende Koalition aus SPD und CDU durchzusetzen. Neben seinem Versprechen, eine neue politische Kultur im Rat zu begründen, sprach er sich für die Rücknahme der Zuschusskürzungen für die Wuppertaler Bühnen, die Anpassung der Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände, die Entwicklung eines Masterplans für die Stadtentwicklung und eine Stärkung der Prävention im Sozial-, Kinder- und Jugendbereich aus. Außerdem machte er sich dafür stark, zukünftig vorrangig auf die Ansiedlung von

Wohn- und Gewerbeprojekten im Innenbereich zu setzen, anstatt auf der grünen Wiese zu bauen. Auch wenn es insbesondere im Rahmen der Haushaltsberatungen zaghafte Versuche einer anderen politischen Schwerpunktsetzung gab, war die erste große Entscheidung, gemessen an den hohen Erwartungen, ein Rückschritt: Die Bebauung der Kleinen Höhe steht in eindeutigem Widerspruch zu dem Ziel einer flächenschonenden und klimafreundlichen Politik.

Noch im Wahlkampf hatte Mucke erklärt, der Schutz der Kleinen Höhe habe ihm als ehemaligem umweltpolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion immer sehr am Herzen gelegen und daher wolle er für den Fall seiner Wahl einen Alternativstandort vorschlagen. Nach der Wahl war das dann aber sofort vergessen. Falls der Rat die Kleine Höhe als Standort für eine forensische Klinik zur Verfügung stellt, kann Andreas Mucke realistischer-

weise nicht versprechen, dass die Nutzung der Restfläche für Gewerbe dauerhaft ausgeschlossen bleibt. Daher ist die von seinem Vorgänger ins Spiel gebrachte und von ihm nun weitergeführte Planung auch ein möglicher Einstieg in die vollständige Aufgabe der Kleinen Höhe.

Und auch die politische Kultur im Rat hat sich seit seinem Amtsantritt kaum verbessert – ganz im Gegenteil. Aus Angst, den bisherigen politischen Einfluss zu verlieren, haben sich die Fraktionen der großen Koalition komplett eingeklinkert und verweigern jede Diskussion im Rat und jedes Gespräch. Selbst bei einer in diesen Tagen so wichtigen Frage wie der gemeinsamen Strategie gegen den Rechtsextremismus bleiben SPD und CDU fern. Dass Andreas Mucke hier das Gespräch mit allen demokratischen Fraktionen sucht, ist aller Ehren wert. Dass aber seine Ratsmehrheit und speziell seine

eigene Fraktion die Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften ablehnt, macht auch deutlich, dass er noch viel Zeit und Kraft brauchen wird, um seine politischen Ziele und seinen politischen Stil durchzusetzen. Einfacher wäre es sicherlich, wenn er sich auf eine Mehrheit im Rat stützen könnte, die zu seinen Vorstellungen passt. Eine solche Mehrheit wäre vorhanden, bislang scheint es aber in der SPD keine ausreichende Unterstützung für einen solchen Politikwechsel zu geben. Das schadet am Ende am meisten dem OB, der von sich behauptet, ein „Roter mit GRÜNER Ader“ zu sein.

Letztlich muss sich die SPD entscheiden, für wen ihr Herz schlägt: für ihre Fraktionsspitze und damit für ihren Koalitionspartner CDU oder für ihren unverhofft ins Amt gewählten OB. Und von dieser Entscheidung hängt dann in Zukunft die Stärke des Oberbürgermeisters Andreas Mucke ab.

ONE BILLION RISING

■ DIESES JAHR WURDE IN KÖLN GETANZT

Die GRÜNE Ratsfraktion Wuppertal unterstützt den weltweiten Aktionstag „One Billion Rising“, der seit 2012 jährlich im Februar stattfindet. Gewalt gegen Frauen betrifft nicht nur einige wenige Frauen, sondern sie wirkt sich tagtäglich auf die gesamte Gesellschaft aus.

Deshalb unterstützen wir die Aktion, die Gewalt gegen Frauen sichtbar macht, denn gesellschaftliche und familiäre Tabuisierung und Bagatellisierung sind zwei der größten Hindernisse für die Abschaffung von Gewalt gegen Frauen.

„Eine Milliarde“ (One Billion) bezieht sich auf eine UN-Statistik, nach der eine von drei Frauen in ihrem Leben entweder vergewaltigt oder Opfer einer schweren Körperverletzung wird. Das ist ein Drittel aller Frauen weltweit, eine Milliarde Frauen.

Auch in Deutschland und der EU gibt es noch immer ein hohes Maß an Gewalt gegen Frauen. In der EU haben 33 Prozent der Frauen seit ihrem 15.



Foto: Privat

Lebensjahr körperliche und/oder sexualisierte Gewalt erfahren. Dies entspricht etwa 62 Millionen Frauen. Die EU-Mitgliedsstaaten sollten das Überkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt,

die sogenannte Istanbul-Konvention, ratifizieren und vor allem auch umsetzen. Mittlerweile beteiligen sich über 200 Länder mit Tausenden von Aktionen an „One Billion Rising“, es ist eine der größten Kampagnen weltweit. Sie wurde ins Leben gerufen, um

das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufzuzeigen und dagegen zu protestieren. Weltweit tanzten am Valentinstag Menschen die Choreographie des Liedes „Break the Chain“ – „Zerreißt die Kette“. Das Tanzen im öffentlichen Raum steht hier für Stärke, Kraft und Solidarität, für Freiheit statt Ohnmacht.

Auch Wuppertal beteiligt sich seit 2012 an dem Aktionstag, der Kirchplatz ist dann immer voller engagierter Menschen, die gegen Gewalt an Frauen tanzen. Dieses Jahr rief das Organisationsbündnis dazu auf, am 14. Februar (Valentinstag) nach Köln zu fahren. Die Aktion „One Billion Rising“ fand auf dem dortigen Bahnhofsvorplatz statt, an dem Ort, an dem Hunderte Frauen in der Silvesternacht Opfer von sexuellen Übergriffen wurden.

Das Team von „Stoffwechsel“ half mit, die Wuppertaler Gruppe unverwechselbar zu gestalten, denn jede Teilnehmerin wurde mit einer selbst genähten, bunten Weste ausgestattet. Unser Team wurde verstärkt von der

Trommler*innengruppe Apito Fiasco, die durch ihre rhythmische Power noch zusätzlich für Stimmung sorgte.

Alle sind sich einig: In unserer Gesellschaft muss sich etwas Grundlegendes ändern, damit Gewalt gegen Frauen und Mädchen endlich beendet wird! Die Wirkung war beeindruckend, Hunderte Menschen tanzten nach derselben Melodie und spürten die Energie, Stärke und Solidarität des gemeinsamen Handelns im öffentlichen Raum. Wunderbar!

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Karin Bohr, Bettina Brücher, Susanne Fingscheid, Axel Frevert, Klaus Lüdemann, Regina Orth, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Peter Vorsteher

Gastbeiträge:
Jutta Velte MdL, Bergische Landtagsabgeordnete der GRÜNEN
Petra Laskowski, Vorsitzende des Fördervereins Stadtauben Wuppertal e.V.
Axel Frevert, Mitglied des Kreisvorstandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wuppertal
Axel Sindram, stellv. Vorsitzender Pro Bahn Bergisches Land

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Druck:
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Auflage: 16.250

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38; Zentral- und Stadtbibliothek

Die Abgabe ist kostenlos!



Foto: Privat



KLEINE HÖHE ALS FORENSIK-STANDORT

■ DIES IST ALLEIN WUPPERTALS ENTSCHEIDUNG

Gesundheitsministerin Barbara Steffens informierte über geplante forensische Klinik

Die NRW-Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter, Barbara Steffens, machte im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 11. Februar in der Gesamtschule Barmen deutlich, dass das Land NRW den Standort Müngstener Straße für den Bau einer Forensik präferiert und eine Bauvoranfrage für die Fläche der jetzigen Bereitschaftspolizei stellen wird. Der Beauftragte des Landes für den Maßregelvollzug, Uwe Dönisch-Seidel, erläuterte nachvollziehbar die Notwendigkeit einer neuen forensischen Klinik im Landgerichtsbezirk Wuppertal. Im Durchschnitt werden jährlich 40 Straftäter*innen vom Landgericht Wuppertal aufgrund einer Erkrankung in eine Maßregelvollzugsklinik eingewiesen. Da es im Landgerichtsbezirk Wuppertal keine einzige forensische Klinik gibt, müssen diese Patienten in Einrichtungen außerhalb untergebracht werden. Die Wuppertaler Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann diese Entscheidung nachvollziehen und sieht den Bedarf. Allerdings stellen sich Oberbürgermeister Andreas Mucke sowie die Fraktionen von SPD, CDU und FDP der Entscheidung des Gesundheitsministeriums entgegen und setzen alles daran, die forensische Klinik auf der Kleinen Höhe anzusiedeln. Dies ist jedoch nur möglich, wenn dort Baurecht geschaffen wird. Zurzeit ist die Fläche als



Foto: Mathias Kehren

Gewerbegebiet im Flächennutzungsplan verzeichnet. Diese Ausweisung wurde bereits vor Jahrzehnten gegen die Stimmen der GRÜNEN beschlossen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt die Pläne von Oberbürgermeister und GroKo zum Bau einer forensischen Klinik auf der Kleinen Höhe entschieden ab. Wir kämpfen seit Jahrzehnten für den Erhalt der ökologisch sehr wertvollen landwirtschaftlichen Fläche im Bereich eines regionalen Grünzuges. Erfreulicherweise hat sich die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg am 17. Februar mit nur einer Gegenstimme der FDP gegen eine Bebauung der Kleinen Höhe ausgesprochen und darüber hinaus einen dauerhaften Landschaftsschutz für die Fläche

gefordert. Dem kann sich die GRÜNE Fraktion nur anschließen und wird die nächsten Beschlüsse im weiteren Bauplanverfahren Kleine Höhe weiterhin ablehnen. Ministerin Steffens machte deutlich, dass das Land NRW von der Standortentscheidung Lichtscheid/Müngstener Straße abrücken muss, sobald die Stadt Wuppertal Baurecht auf der Kleinen Höhe geschaffen hat. Dann, so die Ministerin, sei man gezwungen, den Willen der Stadt zu akzeptieren und müsse die Pläne für die Müngstener Straße aufgeben. Die Entscheidung über eine Bebauung der Kleinen Höhe liegt einzig und allein beim Oberbürgermeister sowie bei den Ratsfraktionen von SPD, CDU und FDP.

FRAUEN MIT BEHINDERUNG STÄRKEN

■ MODELLPROJEKT DES LVR

In vielen Unternehmen oder in öffentlichen Verwaltungen ist das völlig normal: Es gibt eine Frauenbeauftragte. Sie kümmert sich darum, dass Frauen in der Arbeitswelt nicht aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden.

Außerdem können sich die Frauen des Betriebs mit ihren Anliegen an sie wenden, zum Beispiel, wenn sie sich an ihrem Arbeitsplatz sexuell belästigt fühlen. Anders sieht es in Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder in Integrationsbetrieben, aber auch in psychiatrischen Kliniken oder heilpädagogischen Wohnformen aus. Hier sind Frauenbeauftragte bisher nicht üblich. Dabei sind gerade in den Werkstätten die männlichen Mitarbeiter oft in der Überzahl, sodass es wichtig wäre, für die Frauen eine Anlaufstelle zu haben. Aber auch in Kliniken oder Wohnheimen kommt es gelegentlich zu Übergriffen auf Frauen.

Der LVR nimmt sich des Themas an

Der Landschaftsverband Rheinland hat sich bereits in der vergangenen Wahlperiode mit dem Thema befasst. 2013 wurde ein Modellprojekt zur Schaffung von Frauenbeauftragten in Einrichtungen vorgeschlagen. Dazu sollte als erster Schritt eine Teilnahme an der bundesweit durchgeführten Qualifizierungsmaßnahme des Trägers „Weibernetz e. V.“ in Angriff genommen werden. „Weibernetz e. V.“ ist eine bundesweit tätige Selbstvertretungsorganisation von Frauen und

Mädchen mit Behinderung und hat entsprechende Schulungen bereits fertig entwickelt. Dabei nehmen in der Regel Tandems aus einer Frau ohne und einer Frau mit Behinderung an den Schulungen teil. Sie werden zu Multiplikatorinnen ausgebildet und können ihre Fähigkeiten in den Einrichtungen weitervermitteln. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass es nicht leicht ist, Frauen mit Behinderung zu finden, die bereit sind, an diesen Schulungen teilzunehmen. Ein Tandem des LVR musste die Schulung abbrechen, da die Frau mit Behinderung aus persönlichen Gründen – trotz intensiver Begleitung – nicht mehr weitermachen konnte.

Daher möchte der LVR nun von dem eng gesteckten Ziel abweichen und das Angebot hin zu einem Konzept zur Stärkung von Frauen mit Behinderung erweitern. Hierzu sollen Vorträge in leicht verständlicher Sprache erarbeitet und Selbstbehauptungskurse angeboten werden, ebenso soll der Kontakt mit den örtlichen Frauenberatungsstellen vertieft werden. Außerdem soll der Kontakt zu einer Werkstatt in Aachen intensiviert werden, wo zurzeit eine Schulung stattfindet. Über die dortigen Erfahrungen soll auch im LVR-Sozialausschuss im nächsten Jahr berichtet werden.

Die GRÜNE Fraktion im LVR begrüßt diese Initiative ausdrücklich und wird die weitere Entwicklung intensiv begleiten.

SPRACHE ÖFFNET TÜREN

■ 500 CRONENBERGER FLÜCHTLINGE DRÜCKEN DIE SCHULBANK

Ulrich Klenk ist Gründungsmitglied der Flüchtlingshilfe „Willkommen in Cronenberg“. Er widmet sich den Sprachkursen und organisiert den Unterricht.

91 ehrenamtlich tätige Lehrende stehen auf diesem Gebiet zur Verfügung. Die Gruppe setzt sich zusammen aus Studierenden, Referendar*innen, aktiven und pensionierten Lehrer*innen und Sprachlehrer*innen und einer Psychologin, die sich speziell um den Unterricht für Kinder kümmert. Momentan betreuen 30 Ehrenamtler*innen die Flüchtlinge. Je nach Zeitkontingent der Anbieter*innen finden die Kurse vormittags, nachmittags oder in den frühen Abendstunden statt. Die Teilnehmer*innen kommen aus allen Altersgruppen, der älteste ist 74 Jahre alt. Die Gruppen sind je nach Belegung der Unterkunft zehn bis 15 Personen stark. Insgesamt haben seit September 2015 ca. 500 Flüchtlinge an den Kursen teil-

genommen. Die Nachfrage ist hoch, der Unterricht verläuft reibungslos und die Akzeptanz der Lehrerinnen ist bei den männlichen Teilnehmern absolut vorhanden. In der Notunterkunft wurde ein Klassenzimmer von Ehrenamtler*innen renoviert und hergerichtet, das Mobiliar wurde von der Uni Wuppertal gespendet. Hier findet überwiegend der Unterricht für Mütter statt, die ihre Kinder mitbringen, die sich in der Spielecke die Zeit vertreiben. Fünf Kirchengemeinden in Cronenberg stellen kostenfrei weitere Räume zur Verfügung. Die benötigten Fahrkarten für den ÖPNV werden den Flüchtlingen leider nicht gestellt, können jedoch aus Spenden finanziert werden. Jede*r Lehrende ist frei in der Wahl der Methodik, jedoch hat sich das Tannhauser-Modell aus Bayern bewährt und bundesweit durchgesetzt. Es wurden 450 Lehrbücher gekauft, die kostenlos an die Teilnehmer*innen weitergegeben werden.

Österreichische Studierende haben fünf- bis sechssprachige Lehrbücher entwickelt, die sicher auch in Zukunft zum Einsatz kommen. Das Unterrichtsmaterial wie Kugelschreiber, Blöcke und Notizhefte wird mittels Spendengeldern angeschafft. Ein Teesalon wurde ins Leben gerufen, wo die Konversation in gemühtlicher Runde ausschließlich in deutscher Sprache erfolgt. Ebenfalls in Planung ist eine Spielgruppe in deutscher Sprache für die Kinder. Da es für die offiziellen Sprachkurse, die vom Jobcenter und von der Agentur für Arbeit angeboten werden, sehr lange Wartezeiten (drei bis sechs Monate) gibt, wird das Angebot der Ehrenamtler*innen für die Asylsuchenden sicher auch weiterhin erwünscht sein. Die Nachfrage ist groß, und bis auf sehr wenige Ausnahmen wissen die Menschen, dass es ohne Sprache keine Integration geben wird. Sie möchten hier leben und arbeiten und wissen genau: Sprache öffnet Türen.

VORGESTELLT: REGINA ORTH



Foto: Mathias Kehren

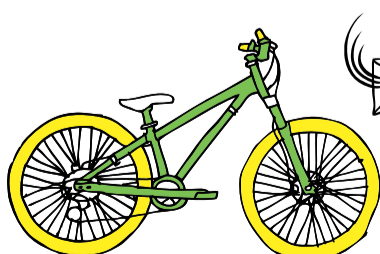
Regina Orth ist 61 Jahre alt, verheiratet und hat eine Tochter. Sie lebt seit 2000 in Cronenberg.

Von Beruf ist sie gelernte Krankenschwester und Fachschwester für Nephrologie. Fast 30 Jahre lang hat sie in diesem Beruf gearbeitet, bis sie in die Betreuung und Förderung von Kindern wechselte. Im Privathaushalt, im offenen Ganztags der Grundschule Küllenhahn und als Integrationshelferin für Schüler*innen mit Handicap an Förderschulen. Zwischenzeitlich war sie auch im GEPA-Weltladen tätig.

2002 wurde sie Mitglied bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Seitdem war sie im Parteivorstand als Beisitzerin und Sprecherin. Seit 2004 ist sie als Stadtverordnete in der Ratsfraktion aktiv. Ihre Schwerpunkte liegen im Bereich Schule und

Integration. Sie ist Mitglied im Integrationsrat, im Rechnungsprüfungsausschuss, im Beirat der Börse, des Kinder- und Jugendtheaters, der Alten Synagoge und Abgeordnete in der Springorum-Stiftung. Darüber hinaus ist sie Bezirksvertreterin in der BV Cronenberg. Seit 2013 betreut sie den Kreisverband Wuppertal im GRÜNEN Büro als Geschäftsführerin.

In ihrer Freizeit entspannt sie beim Saxophonspiel und bei einem guten Buch. Ihren Urlaub verbringt sie überwiegend in Frankreich am Meer. Ehrenamtlich ist sie im Jugendhaus in Cronenberg und bei der Flüchtlingshilfe „Willkommen in Cronenberg“ aktiv. Hier war der Aufbau der Kleiderhalle und die Betreuung der ersten 300 Flüchtlinge der Notunterkunft eine besondere Herausforderung.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“
regelmäßig per E-Mail erhalten
möchten, bitte eine Mail an

fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

EIN NEUES ASPHALTMISCHWERK AN DER LADEBÜHNER STRASSE

■ WAS KOMMT AUF VOHWINKEL ZU?

So lautete der Titel einer Veranstaltung der GRÜNEN Ratsfraktion am 17. Februar. Das Thema brennt den Vohwinkeler*innen unter den Nägeln, es kamen 150 Bürger*innen.

Auf dem Podium waren der umweltpolitische Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion, Hans Christian Markert, Jörg Rasch von der DEUTAG AG, von der Interessengemeinschaft Frischluft Wuppertal West Dietmar Rebensburg und der städtische Planungsdezernenten Frank Meyer. Die Veranstaltung wurde souverän moderiert von Sophie Blasberg.

Das Asphaltmischwerk produziert seit 1955 in Vohwinkel Asphalt. Jetzt wird ein Neubau notwendig, weil der Eigentümer den Mietvertrag für den alten Standort nicht verlängert. Das neue Werk soll vom alten 250 Meter entfernt gebaut werden und rückt näher an die Wohnbebauung.

Hans Christian Markert schlug vor, dass die Anlage nicht am geplanten Standort gebaut werden sollte, weil sie die Anwohner*innen stark beeinträchtigen würde und Wuppertal kein zweites Nächstebreck brauche. Dort beschwerten sich die Anwohner*innen

seit Jahren über Gestank und Lärm. Er forderte das Unternehmen auf, über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus zu gehen und eine mobile Asphaltmisch-Anlage in Betracht zu ziehen. Gas als alternative Energiequelle zur Braunkohle wäre sinnvoll. Die Akzeptanz der Bürger*innen würde zudem gefördert, wenn sie u.a. von Anfang an bei den Planungen beteiligt würden und das Unternehmen einen Quecksilberfilter installiert. **Jörg Rasch** erläuterte, das Unternehmen würde schon weniger produzieren als es könnte. Eine Alternative zum geplanten Standort gäbe es nicht. Ein Quecksilberfilter werde geprüft.

Frank Meyer beschrieb den Aufbau eines Bebauungsplanverfahrens. Der Einleitungsbeschluss ist erfolgt, jetzt kommt die frühzeitige Behördenbeteiligung, danach die der Öffentlichkeit im März oder April dieses Jahres. Der zweite Teil ist die öffentliche Auslegung, die für den Sommer geplant ist. Ende des Jahres erfolgt der Satzungsbeschluss, zum Schluss wird die Genehmigung erteilt. Die Verwaltung müsse die Gesetze anwenden und könne keine Auflagen vorschreiben.



Foto: Mathias Kehren

Sie macht einen Abwägungsvorschlag, die Entscheidung erfolgt im Stadtrat, der könne auch ablehnen.

Dietmar Rebensburg schloss sich der Forderung Markerts an: Vohwinkel will kein neues Nächstebreck. Der geplante Standort ist von ökologisch hochwertigen Flächen umgeben. Der Wind kommt an 250 Tagen von Westen und zieht vom Werk in die Wohnsiedlung, das neue Asphaltmischwerk rückt noch näher an die Wohnhäuser. Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch

Braunkohleabgase werden ebenso befürchtet wie Lärm und Gestank, der Standort ist nicht geeignet.

Viele Bürger*innen stellten konkrete Nachfragen nach zu erwartender Lärmbelastung, Gestank und Verkehrsauswirkungen. Das Unternehmen will prüfen, ob der LKW-Verkehr optimiert werden kann. Wege der LKWs könnten eingespart werden. Die Produktion des Asphaltmischwerks wird auf maximal 200.000 Tonnen jähr-

lich verdoppelt, die modernste Technik soll eingebaut werden, mit der weniger Giftstoffe anfallen.

Auf die Abschlussfrage „Ich wünsche mir ...“ antwortete der GRÜNE Umweltpolitiker Hans Christian Markert:

1. zukünftig Asphalt so herzustellen, dass man sich guten Gewissens darauf bewegen kann.
2. unter Umweltgesichtspunkten bessere Anlagen.
3. Anlagen dieser Art nicht an der vorgesehenen Stelle.
4. Mehr Stadtverwaltungen, die die Belange der Nachbarschaft besser berücksichtigen.

Als Ausblick kündigte er eine Bundesratsinitiative an, um die bestehenden strengeren Emissionskontrollen für Müllverbrennungsanlagen auf die 700 Asphaltmischwerke in Deutschland zu übertragen. Damit werden sie auch einem genehmigungsrechtlichen Verfahren unterworfen, das für Luftschadstoffe wie Dioxine, Furane, Quecksilber und Schwermetalle strengere Grenzwerte vorschreibt.

GASTKOMMENTAR: EIN FESTER STELLENWERT FÜR WUPPERTALS TAUBENHÄUSER

■ VON PETRA LASKOWSKI, 1. VORSITZENDE DES FÖRDERVEREINS STADTTAUBEN WUPPERTAL E. V.

In Wuppertal gibt es viele Tauben. Vorbauten an Geschäftshäusern sowie die Schwebebahnen mit ihren offenen Metallkonstruktionen bieten dem einseitigen Felsenbrüter, der Columba livia, viele Brutplätze. Zudem wächst die Population auch immer wieder durch gestrandete Hochzeits- und Brieftauben an. Die Außengastronomie oder Futter auslegende Bürger, die fälschlicherweise der Ansicht sind, den Stadttauben dadurch zu helfen, tragen ungewollt zur Verschlimmerung der Taubensituation bei. Viele Taubenabwehrmaßnahmen zur Eindämmung der Stadttaubenzahl sind schlichtweg Flops, nutzen lediglich den anbietenden Firmen, aber der Taubenkot landet weiterhin auf Straßen und Gebäuden. Dieser Situation stellt sich die Stadt in Kooperation mit



Foto: Mathias Kehren

dem Tierschutzverein Wuppertal e.V. (ein Taubenhaus) und dem Förderverein Stadttauben Wuppertal e.V. (zwei Taubenhäuser) seit 2008, indem sie dem Stadttaubenprojekt „Taubenhäuser mit Eiaustausch“ nach dem Augsburger Modell zustimmte.

Der seit 2012 bestehende Taubenschlag im Verwaltungshaus (Förderverein) ist das beste Beispiel für ein gutes Stadttaubenmanagement, von dem alle profitieren: Bürger, Tierfreunde, Hausbesitzer, Geschäftsleute, Marktbetreiber und die Kommune durch weniger Straßen-, Gebäude- und Brunnenreinigungskosten.

Seit 2012 entfernte der Förderverein bis zum heutigen Tag ca. 14.000 kg Taubenmist, tauschte in seinen beiden Schlägen 8.305 Taubeneier aus und verhinderte so das Schlüpfen vie-

ter tausend Tauben. Vorbei die Zeit, als noch viele hundert Stadttauben die Wochenmärkte am Neumarkt und dem Berliner Platz samt umstehenden Hausdächern bevölkerten!

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, ist die wichtigste Herausforderung des Vereins, diesem umwelt- und gebäudeschonenden, tier- und menschenfreundlichen Projekt einen festen Stellenwert in unserer Stadt zu geben. Längerfristig ist dies nur durch eine Festanstellung des bisherigen Taubenwartes Dietmar Tiedtke seitens der Kommune und langfristige Sponsoren zu verwirklichen.

Möchten Sie weitere Informationen oder dem gemeinnützigen Verein einfach nur helfen, finden Sie auf unserer Homepage alle Kontaktdaten unter www.stadttauben-wuppertal.de.

WARUM DAS FREIBAD MÄHLERSBECK SO WICHTIG IST

■ SCHWIMMEN IM OSTEN

Morgens um sieben Uhr in der Mählersbeck: Wuppertals einziges städtisches Freibad öffnet seine Tore für die Frühschwimmer*innen. Schnell unter die Dusche und dann rein ins angenehm gewärmte Wasser. Mit Blick auf die hinter den angrenzenden Bäumen aufgehende Sonne lassen sich die Bahnen im 50-Meter-Becken in geradezu kontemplativer Ruhe ziehen. Später kommen Schulklassen, noch später Kinder und Jugendliche, die ihre Freizeit hier verbringen, und zwischendurch Wasserballer*innen und Vereinsschwimmer*innen.

Die Mählersbeck ist als Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtung ungemein wichtig für den Stadtteil. Das ist zum Glück Konsens unter den politischen Parteien und der Verwaltung. Denn

das Freibad muss umfassend saniert werden. Geschätzte Kosten: bis zu neun Millionen Euro! Knapp fünf Millionen sind im Haushalt der Stadt etabliert. Der Rest soll u. a. durch Bundesförderprogramme akquiriert werden. Ein entsprechender Antrag ist gestellt. Im Dezember 2015 haben sich Mitglieder der BV Oberbarmen, des Sportausschusses und Gebäudemagements sowie des Bürgervereins Nächstebreck zusammengesetzt, um einmal ohne Rücksicht auf Finanzen darüber zu diskutieren, was auf dem Gelände alles möglich sein könnte. Der wohl wichtigste Punkt war: Erhalt der Schwimmfläche, Aufteilung wie bisher (50-Meter-Bahn, Nichtschwimmer*innen- und Babybereich, Rutsche). Aber neben der For-

derung nach einem behindertengerechten Zugang wurde vor allem ein besseres gastronomisches Angebot mit Terrassenbereich gefordert. Außerdem Sportangebote wie Boule, Basketball und Volleyball etc., längere Öffnungszeiten, ein Warmwasserangebot für den Rehasport. Und überhaupt: Ein eigener Raum für Reha-Angebote „auf dem Trockenen“ könnte vielleicht die Einnahmesituation des Freibades deutlich verbessern.

Auf unseren Antrag hin werden wir in der Sitzung der Bezirksvertretung Oberbarmen am 12. April um 19 Uhr in der Färberei, Peter-Hansen-Platz 1, den Tagesordnungspunkt „Sachstand Mählersbeck“ diskutieren. Die Sitzung ist öffentlich – Interessent*innen sind herzlich eingeladen!



Foto: Mathias Kehren

RATS-CHRONIK DEZEMBER 2015



Archivfoto: Jörg Lange

GRÜNE Anträge zum städtischen Haushalt 2016/17

Ursprünglich wollten wir GRÜNEN dem Haushalt zustimmen, um ein positives Signal an Oberbürgermeister Andreas Mucke (SPD) zu senden, der viele der GRÜNEN Forderungen befürwortet hatte. Da jedoch SPD und CDU völlig ignorant auf die GRÜNEN Anträge reagierten, hat sich die Fraktion bei der Abstimmung im Rat enthalten. Zwölf fundierte Anträge haben wir zum städtischen Haushalt gestellt, deren Finanzierung durch Einnahmen an anderer Stelle gesichert wurde. Gefordert haben wir u. a. zehn weitere Betreuungsgruppen für die unter Dreijährigen, eine Stabsstelle Inklusion, einen eigenständigen Haushaltstitel für den Radverkehr, ein Fahrradparkhaus, mehr professionelle Unterstützung für die Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren, die

Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung, eine stärkere Unterstützung der freien Kulturszene. Einzig die Begleitung von Ratssitzungen durch Gebärdendolmetscher*innen wurde per Prüfauftrag an die Verwaltung gewürdigt, alle anderen Anträge lehnte die GroKo ab.

Keine Streichung der Personalstellen für Stadtteilarbeit

Im August wurde öffentlich, dass die Stadtverwaltung plant, die letzten beiden städtischen Personalstellen, die Projektmanagement für Stadtteilarbeit leisten, ersatzlos zu streichen. Die GRÜNE Fraktion stellte deshalb den Antrag, dass die Stellen aufrechterhalten werden und die Verwaltung in einem Bericht darlegen soll, wie sie die Stadtteilarbeit in den Bezirken stärken wird. In der Ratssitzung wurde der Antrag endgültig behandelt, indem die

Stadtspitze zusicherte, die Stellen dauerhaft beizubehalten. Einen Bericht über die Stärkung der Stadtteilarbeit wird es leider nicht geben, da SPD und CDU unseren Antrag für erledigt erklärten.

Wuppertal zeigt Flagge für Tibet!

Am 10. März 2015 hissten mehr als 1.200 Städte in Deutschland an ihren Rathäusern die Tibetflagge. Damit wurde ein starkes Zeichen der Solidarität nach Tibet und ein wichtiges Signal an die deutsche Öffentlichkeit und Politik gesendet. Der Aktionstag, der an die gewaltsame Besetzung Tibets durch China erinnert, wird jedes Jahr am 10. März begangen. Die GRÜNE Fraktion stellte den Antrag, dass Wuppertal im nächsten Jahr ebenfalls Flagge für Tibet zeigen soll. Die Mehrheit sah das leider anders und lehnte den Antrag ab.

GRÜNE FORDERN SENKUNG DER LANDSCHAFTSVERBANDSUMLAGE

WUPPERTAL WÜRDE 1,5 MILLIONEN EURO SPAREN

Der LVR erfüllt rheinlandweit Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und auch im Bereich Kultur.

Damit ist er der größte Leistungsträger für Menschen mit Behinderung in Deutschland. Er engagiert sich für eine inklusive Gesellschaft in allen Lebensbereichen, beispielsweise, wenn es darum geht, einen Arbeitsplatz gemäß den Bedürfnissen eines Menschen mit Behinderung zu gestalten. Finanziert wird der LVR über eine Umlage, die die Mitgliedskommunen zu zahlen haben. Dieser Satz liegt momentan bei 16,75%. Die GRÜNE Fraktion im Landschaftsverband Rheinland fordert nun eine Senkung dieser Umlage um 0,25% auf 16,50%, denn der

LVR erwartet für 2016 nicht geplante Mehreinnahmen in Höhe von etwa 93,7 Millionen Euro. Durch die positiven Haushaltsabschlüsse in jüngster Vergangenheit ist die Finanzsituation des LVR relativ entspannt. Deshalb sollte der LVR sich seiner Verantwortung für die zum Teil finanzschwachen Mitgliedskommunen bewusst sein und durch einen Nachtragshaushalt den Umlagesatz senken.

Sollte die Landschaftsversammlung des GRÜNEN Initiative folgen, würde die Stadt Wuppertal 2016 etwa 1,5 Millionen Euro sparen. Damit würden letztlich auch alle Bürger*innen finanziell entlastet. Die Wuppertaler GRÜNEN begrüßen den Vorstoß und forderten mit einem Antrag den Rat der Stadt auf, diese Initiative zu unterstüt-

zen. In Wuppertal könnten die eingesparten Mittel zum Beispiel gut für die Arbeit der Wohlfahrtsverbände verwendet werden, deren Zuschüsse in den letzten zehn Jahren nur einmal leicht erhöht wurden und die demzufolge eine De-facto-Kürzung von 30% verzeichnen mussten. Auch im Bereich Kulturförderung würde sich für das Geld eine sinnvolle Verwendung finden. Interessant ist zunächst einmal, wie sich die Vertreter*innen der Großen Kooperation, die auch Mitglieder der Landschaftsversammlung in ihren Reihen hat, zu der GRÜNEN Initiative verhalten werden. In der Ratssitzung am 07.03.2016 haben SPD und CDU leider gegen unseren Antrag und damit gegen die Entlastung des Wuppertaler Haushaltes gestimmt.

PINA BAUSCH COMPAGNIE

Neue Intendantin gefunden

Mit Adolphe Binder ist jetzt eine erfahrene Kulturmanagerin gefunden worden, der man aus Sicht der Fachleute am ehesten zutraut, den notwendigen Transformationsprozess der Pina Bausch Compagnie einzuleiten.

Die an sie gestellten Erwartungen sind hoch, ist doch von ihr nichts weniger gewünscht, als die zukünftige Neuausrichtung der Compagnie zu erarbeiten. Auf der einen Seite gilt es, das Erbe von Pina Bausch zu pflegen, auf der anderen soll es aber auch weiterentwickelt werden. Adolphe Binder bringt dazu einiges mit, ist sie doch in der europäischen Tanzszene bestens vernetzt. Es gereicht ihr zum Vorteil, dass sie keine

Choreografin ist, sondern als künstlerische Kuratorin neue Projekte anschieben will. Wenn sie im Mai 2017 zu uns kommt, warten viele Aufgaben auf sie, die wichtigste mag sein, mit altem und neuem Personal Projekte zu entwickeln. In ihrer Stellung als künstlerische Direktorin in Göteborg erarbeitete sie in langen Gesprächen mit den Choreografen den Rahmen eines Stückes, um diese dann frei weiterarbeiten zu lassen. Mit viel Erfolg, wie man nachlesen konnte. Das in sie gesetzte Vertrauen lässt sich daran erkennen, dass ihr in Wuppertal ein Fünfjahresvertrag angeboten wurde.

Für die Weiterentwicklung des Tanztheaters Wuppertal wünschen wir ihr aus GRÜNER Sicht alles Gute.

ABSCHALTEN: BELGISCHE AKW TIHANGE UND DOEL

KONZERN ENGIE SOLL SICH EINMISCHEN

Der internationale Partner der Wuppertaler Stadtwerke hieß einmal GDF Suez. Die Konzernzentrale befindet sich in Paris. Im vergangenen Jahr nahm der Konzern einen neuen Namen an: „Engie“. Zum Engie-Konzern gehört auch Electrabel, der Betreiber der sieben belgischen AKW an den Standorten Doel und Tihange.

Engie hält einen Anteil von 33% an der WSW Energie und Wasser AG. Diese überweist alljährlich eine Dividende im hohen einstelligen Millionenbereich an Engie.

Selbst Atomkraftfreunde halten den Betrieb der belgischen Reaktoren für nicht verantwortbar. Doch das ficht die belgische Atomaufsicht nicht an, deren Chef in Zeitungsinterviews äußerte, Windenergie sei gefährlicher als AKW. Er selbst war einmal Betriebsleiter im AKW Doel.

Die Atomkraftwerke in Belgien (Doel und Tihange) stellen bei einem potenziellen Störfall zurzeit die größte Bedrohung durch radioaktive Strahlung für die Menschen in Wuppertal dar. Bei dem meist von Südwesten kommenden Wind wäre eine radioaktive Wolke innerhalb weniger Stunden in Wuppertal. Zur Abwehr dieser ständigen Gefahr beantragten die GRÜNEN für die Ratssitzung am 7. März,



Foto: Privat

dass der Rat der Stadt die Wuppertaler Stadtwerke AG auffordern soll, gegenüber dem Anteilseigner Engie darauf zu drängen, für eine baldige Stilllegung der belgischen AKW zu sorgen. Weiterhin begrüßen wir die Klage der Städteregion Aachen gegen den Betrieb der Atomkraftwerke Tihange und Doel. Wuppertal sollte der Klage beitreten. Der direkte und schnellste Weg ist der über den Eigentümer. Der Vorstand von Engie in Paris kann jederzeit durch einen internen Beschluss für die Stilllegung der AKW sorgen.

Das alles wird nun leider nicht umgesetzt, da ein kurzfristig eingebrachter, inhaltsleerer Antrag der SPD statt unserem im Rat eine Mehrheit fand. Außerdem möchten wir Informationen darüber, wie die Stadt die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet und bei einem möglichen Störfall rechtzeitig warnt und informiert. Dazu haben wir zur Ratssitzung am 7. März eine Anfrage eingebracht. Den Text des Antrags und der Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung finden Sie auf unserer Webseite.

BAUBOOM AM TOELLETURM?

BAUEN NACH DEM MAXIMALPRINZIP

Die Wittelsbacher Straße liegt im Toelleturm-Viertel – das wissen alle, die sich im Barmer Süden einigermaßen auskennen. Und für das Toelleturm-Viertel existiert ein Bebauungsplan, dachten die GRÜNEN Bezirksvertreter*innen in der BV Barmer. Umso größer war die Überraschung, als sich herausstellte, dass ein Bauvorhaben an der Wittelsbacher Straße 10 offenbar nach §34 Baugesetzbuch genehmigungsfähig ist. Denn dieser Teil der Wittelsbacher Straße liegt außerhalb des Bebauungsplans. Und ein Wuppertaler Bau-träger nutzt die vorhandene Fläche nun für eine maximale Bebauung aus. Dort, wo früher ein einzelnes Haus auf einem großen Grundstück stand, entstehen nun zwei Häuser mit insgesamt 13 Wohneinheiten und Tiefgarage. Entsprechend verärgert reagierte die Nachbarschaft, als die Pläne bekannt

wurden. Inzwischen sind mehrere Klagen gegen das Bauprojekt eingereicht worden.

Ein neuer B-Plan muss her

Der Politik sind an dieser Stelle leider die Hände gebunden, denn hier ist nur eine baurechtliche Prüfung durch die Stadt vorgesehen. Die Frage, ob sich ein Bauvorhaben in die Umgebung einpasst, wie es nach dem Baugesetzbuch verlangt wird, ist dabei Auslegungssache. Die Barmer GRÜNEN wollen sich des Themas aber trotzdem weiter annehmen, denn zwischen Toelleturm und Oberer Lichtenplatzer Straße gibt es eine Reihe von Grundstücken, die aufgrund des demographischen Faktors in naher Zukunft den Eigentümer wechseln werden.

Dabei handelt es sich zum Teil um parkähnliche Flächen mit einzelnen Villen. Für einige dieser Grundstücke gibt es ein Vorkaufsrecht, das bewirken würde, dass derselbe Bau-träger, der an der Wittelsbacher Straße aktiv ist, auch dort sein Bauen nach dem Maximalprinzip ausleben könnte. Um das zu verhindern und klare Regeln für Bauvorhaben in diesem Gebiet festzusetzen, fordern die GRÜNEN die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet.

